

# Motion

Gemäss Art. 54  
Kantonsratsgesetz

## Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zu den Vorkommnissen im Bau- & Raumentwicklungsdepartement des Kantons Obwalden

### **Ausgangslage**

Seit dem Jahrhundert-Hochwasser 2005 sind nun 4 Jahre vergangen und der Regierungsrat des Kantons Obwalden ist noch immer nicht in der Lage, ein baureifes und tragbares Projekt für den Hochwasserschutz im Sarneraatal zu präsentieren. Nach Monaten des Schweigens verkündete die Regierung in ihrer Pressemeldung vom 2. September 2009 Bauprojektkosten von 76,5 Millionen Franken. Dieser Betrag übertrifft denjenigen des damaligen Vorprojekts für den Variantenentscheid um satte 30 Millionen Franken. Der Variantenvergleich fand scheinbar mit absolut unrealistischen Zahlen statt. Dennoch hat der Regierungsrat auch in jüngster Vergangenheit stets von 47 Millionen Franken für dieses Projekt gesprochen. Nebst den nun bekannten, markant höheren Kosten rechnet man mit einer weiteren zeitlichen Bauverzögerung von rund 2 Jahren. Ein zuverlässiger Hochwasserschutz für das Sarneraatal ist noch in weiter Ferne.

Das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit in die Obwaldner Regierung bezüglich Hochwasserschutz ist auf einem Tiefpunkt angelangt.

### **Antrag**

Gemäss Art. 35 des Kantonsratsgesetzes fordert die SVP Obwalden eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Diese PUK soll unverzüglich ihre Arbeit aufnehmen und die Vorgänge im Bau- und Raumentwicklungsdepartement (BRD) mit folgenden Aufträgen untersuchen:

- Die PUK hat die Amtsführung von Regierungsrat Hans Matter, Vorsteher des Bau- und Raumentwicklungsdepartements, zu überprüfen, insbesondere im Zusammenhang mit der massiven Kosten- und Terminüberschreitung beim Projekt „Tieferlegung und Verbreiterung Sarneraa“ sowie der Kantonsschule Obwalden.
- Die PUK hat insbesondere zu untersuchen, ob innerhalb oder ausserhalb des Bau- und Raumentwicklungsdepartements Aufsichtspflichten verletzt und Kontrollaufträge vernachlässigt wurden oder Indizien für unrechtmässiges Verhalten vorlagen, die hätten bemerkt werden müssen.

- Die PUK muss überprüfen, ob es zwischen den massiven Kostenüberschreitungen beim geplanten Umbau der Kantonsschule Obwalden und dem Projekt „Tieferlegung und Verbreiterung der Sarneraai“ Zusammenhänge gibt und / oder Versäumnisse ähnlicher Art vorliegen.
- Die PUK hat zu untersuchen, aus welchen Gründen das BRD und der Regierungsrat jeweils so spärlich und vor allem zeitlich knapp kommuniziert haben.
- Die PUK muss abklären, ob im Zusammenhang mit diesen massiven Kostenüberschreitungen Kürzungen von Bundesgeldern, Steuererhöhungen im Kanton, ein Verzicht von zukünftig vorgesehenen, notwendigen Investitionen (z. Bsp. neuer Bettentrakt im Kantonsspital) oder sonstige einschneidende Massnahmen die Folge sind.

### **Begründung:**

Nach der massiven Überschreitung der ursprünglich budgetierten Kosten für den Umbau der Kantonsschule Obwalden gibt sich ein grosser Teil der Bevölkerung von Obwalden bei der jüngsten Fehleinschätzung des Regierungsrates nicht mehr mit einer einfachen Entschuldigung zufrieden. Es muss aufgezeigt werden, wer im BRD und im Regierungsrat die Verantwortung dafür trägt. Die Versäumnisse im BRD und in den von ihm beauftragten externen Stellen müssen aufgeklärt werden, damit eine Verbesserung der Abläufe für zukünftige Grossprojekte erfolgen kann.

Es geht bei den anstehenden Projekten um viele Millionen Steuerfranken und um einen baldigen und notwendigen Hochwasserschutz für die Obwaldner Bevölkerung. Zudem geht es auch um das Image des Kantons Obwalden: Was nützt eine Vorwärtsstrategie mit niedrigen Steuern und an sich guten Standorteigenschaften, wenn der Regierungsrat nicht in der Lage ist, wichtige (Schutz-)Bauprojekte in einer vernünftigen Zeit mit den dafür geplanten und vorhandenen finanziellen Ressourcen umzusetzen?

Es ist an der Zeit, parallel zur angekündigten Untersuchung die der Regierungsrat selber extern in Auftrag geben will, auch die politischen Verantwortlichkeiten aufzudecken. Daraus sollen anschliessend personelle und organisatorische Konsequenzen gezogen werden.

Diese Untersuchung ist der Obwaldner Kantonsrat dem steuerzahlenden Stimmvolk schuldig.

Sarnen, 10. September 2009  
Kantonsrat Peter Seiler

P. Seiler

P. Föllmi

S. Buser

O. Beller

M. Schlegel